

Spaniens zweitgrößte Bank, der **Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA)**, hat seine Kaufoption für nochmals knapp fünf Prozent an der nach Aktiva siebtgrößten chinesischen Bank, der **China Citic Bank**, ausgeübt. Damit hält sie nunmehr 15 Prozent an dem Institut. Die seit 2006 bestehende Beteiligung umfasst auch eine strategische Allianz für den chinesischen Markt sowie einen Anteil von mittlerweile 30 Prozent an der in Hongkong gelisteten Finanzholding **Citic International Financial Holdings (CIFH)**. Das BBVA-Engagement beläuft sich nach eigenen Angaben derzeit auf insgesamt rund drei Milliarden Euro.

Vom Münchener Handels- und Dienstleistungskonzern **Baywa AG**, München, übernimmt die **Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-Aktiengesellschaft (BRB)**, Beilngries, einen weiteren Anteil von 0,2 Prozent an der **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main. Für ihre 2,5 Millionen Aktien erhält die Baywa nach eigenen Angaben 20 Millionen Euro, was acht Euro je Titel entspricht. Der Anteil der BRB an der DZ Bank, einschließlich eines mittelbaren Anteils über die Beteiligungsgesellschaft DZ mbH, steigt derzeit auf 8,1 Prozent an.

Im Zuge ihrer Ausrichtung als gewerblicher Immobilienfinanzierer hat die **Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank (DG Hyp)**, Hamburg, ihre hundertprozentige Tochter **Immofofi GmbH** an ein Management- und Investorenkonsortium verkauft. Das 2004 in Hamburg gegründete Unternehmen ist als Spezialdienstleister für notleidende Immobilienkreditportfolios vorwiegend im Retailbereich aufgestellt. Im Vorwege des Gesellschafterwechsels wurde es in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zu den neuen Eigentümern gehören die Imaxx Gesellschaft für Immobilien-Marketing mbH, ein Tochterunternehmen der **Volksbank Mittelhessen**, das Bankhaus **Ellwanger und Geiger** sowie ein privater Unternehmer.

Ein Aktienpaket des Finanzdienstleisters **MLP AG**, Wiesloch, hat die Wuppertaler Versicherungsgruppe **Barmenia** vom Schweizer Versicherungskonzern **Swiss Life** übernommen. Der Versicherer hält damit künftig sechs Prozent an MLP. Angaben zum Kaufpreis wurden nicht gemacht.

Nach der britischen Regierung und der **EU-Kommission** haben auch die Aktionäre der angeschlagenen **Royal Bank of Scot-**

## 21. Dezember 2009 bis 5. Januar 2010

**land (RBS)** den Rettungsplan für das Institut gebilligt. Demnach soll die RBS unter dem Schutzschirm des Staates verbleiben, der bereits die absolute Mehrheit an der Bank besitzt und gegen Gebühren Wertpapiere über 282 Milliarden Pfund absichert. Außerdem muss sich die Bank von weiten Teilen ihres Geschäfts trennen (siehe auch Kreditwesen 24-2009).

Für eine Summe von 1,9 Milliarden US-Dollar (umgerechnet 1,3 Milliarden Euro) übernimmt der US-amerikanische Prozessabwickler **State Street Corporation** das Wertpapierdienstleistungsgeschäft von **Intesa Sanpaolo** in Italien und Luxemburg. Betroffen sind die Aktivitäten in den Bereichen Wertpapierverwahrung, Depotbankgeschäft, Korrespondenzbanking und Fondsverwaltung. Die Transaktion beinhaltet auch die Vereinbarung, dass State Street langfristig Wertpapierdienstleistungen für die Investment-Management-Aktivitäten des italienischen Instituts erbringen wird, unter anderem für Eurizon Capital, den größten Fondsmanager des Landes. Der Vollzug wird für das zweite Quartal 2010 in Aussicht gestellt.

Die australische **Macquarie-Gruppe** übernimmt die Sparte für Aktienderivate und strukturierte Produkte der von der **Deutschen Bank AG**, Frankfurt am Main, übernommenen Privatbank **Sal. Oppenheim**, Köln. Letztere ist im Derivategeschäft als Market Maker und Emittent an Börsen in Deutschland, der Schweiz, Österreich und Italien aktiv. Die Vereinbarung sieht vor, dass gut 90 Mitarbeiter in Deutschland und der Schweiz zu der australischen Bank wechseln. Nach Abschluss der Transaktion soll das Retail-Derivategeschäft unter dem Namen **Macquarie Oppenheim** firmieren.

Hilfen in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar hat die US-amerikanische Großbank **Citigroup** an den **Staat** zurück gezahlt. Zudem sei ein bestehendes Abkommen gekündigt worden, mit dem die Regierung Garantien für Anlagen in Höhe von 250 Milliarden US-Dollar gegeben hatte. Damit löst sich das angeschlagene Institut aus der staat-

lichen Kontrolle. Allerdings halten die USA weiterhin Hybridkapital, Optionen auf Stammaktien sowie Dividendentitel der Bankengruppe.

In den Niederlanden hat der Finanzkonzern **ING** die Hälfte seiner Schulden von fünf Millionen Euro plus 600 000 Euro an Zinsen beim **Staat** beglichen. Die Mittel stammen aus einer Kapitalerhöhung, die Ende Dezember letzten Jahres abgeschlossen wurde.

Die Kosten der Übernahme von Teilen des Commercial Banking der niederländischen **ABN Amro** beziffert die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, auf rund 700 Millionen Euro. Die Transaktion umfasst unter anderem die Hollandsche **Bank Unie** mit 1 400 Mitarbeitern und 35 000 Firmenkunden sowie die auf Factoring spezialisierte **IFN Finance**. Neben diesen Geschäftseinheiten erhält das Frankfurter Geldhaus von ABN Amro zudem eine Garantie für 75 Prozent der Verluste im übernommenen Kreditportfolio.

In den kommenden drei Jahren können die US-Hypothekenfinanzierer **Fannie Mae** und **Freddie Mac** uneingeschränkt Kredite beim **Staat** aufnehmen. Die bisher gültigen Grenzen von jeweils 200 Milliarden US-Dollar hat das US-amerikanische Finanzministerium aufgehoben. Des Weiteren lässt die Behörde den beiden Instituten, die seit September 2008 unter staatlicher Kontrolle stehen, mehr Zeit, um ihre hypothekenbezogenen Wertpapierbestände zu minimieren. Bisher haben die Unternehmen insgesamt 111 Milliarden US-Dollar an staatlichen Kapitalspritzen in Anspruch genommen.

Die Brüssler **EU-Kommission** hat die Rettung der angeschlagenen **Hypo Group Alpe Adria (HGAA)** für eine Dauer von zunächst sechs Monaten genehmigt. Mitte Dezember hatten sich die drei Eigentümer des Instituts, die **Bayerische Landesbank (Bayern-LB)**, München, die österreichische Versicherung **Grawe** und das **Land Kärnten**, mit dem **österreichischen Staat** auf die Übernahme der HGAA durch den Staat für einen symbolischen Euro geeinigt. Zum Rettungspaket gehören unter anderem Finanzspritzen von Österreich (bis zu 450 Millionen Euro), Kärnten (200 Millionen Euro), der Bayern-LB (825 Millionen Euro) und Grawe (30 Millionen Euro).